

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1907**

38 (14.2.1907) Erstes Blatt

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. —  
Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg.,  
vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich  
60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger  
ins Haus gebracht 2.02 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Ruisenstraße 24.  
Telefon: Nr. 128. — Postfach: Nr. 5144.  
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Anzeigen: die einseitige, kleine Seite, oder deren Raum 20 Pfg. Total-Anzeige  
billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von An-  
zeigen für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Anzeigen müssen  
tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden  
der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 11 Uhr.

Nr. 38.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Donnerstag den 14. Februar 1907.

27. Jahrgang.

## An die Partei!

### Parteigenossen!

Der Wahlkampf ist vorüber. Was der besten und  
kämpferischen Partei schon passierte, ist auch uns pas-  
siert. Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt. Wir  
haben einen großen Teil der früher innegehabten  
Wahlkreise verloren und ein Teil unserer besten  
Wahlkämpfer ist unterlegen. Aber trotz des gewaltigen  
Sturmlaufs, den die Staatsgewalten im Ver-  
ein mit den gesamten bürgerlichen Parteien wider  
uns unternahmen, hat die Armee unserer Wähler  
nicht nur Stand gehalten, sie hat sich um eine  
Viertelmillion Männer vermehrt.

Die deutsche Sozialdemokratie wurde also nicht  
niedergeworfen, wie der Kaiser in der Nacht vom  
5. auf den 6. Februar seinen Zuhörern auf dem  
Berliner Schlossplatz siegestroß verkündete. Nieder-  
geworfen wurden nur die Verbündeten in einer Anzahl  
von Wahlkreisen, die wir zum Teil eben erst mit  
knappen Majoritäten erobert hatten. Aber drei  
und eine Viertel-Million über fünfundsiebzig  
Jahre alte Männer marschieren trotzig und eisenfest  
hinter dem roten Banner. Das ist eine Armee, die  
nicht wie die Gladiatoren Roms das „Ave Caesar,  
morituri te salutant“ rufen, sondern, nicht minder  
stolz wie die Cäsaren selbst, ihr Ziel verfolgen: Die  
Befreiung der Menschheit aus den Banden der Un-  
wissenheit, der politischen Unfreiheit und der sozia-  
len Unterdrückung und Ausbeutung.

Die Sozialdemokratie ist und bleibt die weitaus  
mächtigste Partei in Deutschland und ginge es im Reich  
der Gottesfurcht und frommen Sitte nach Recht und  
Gerechtigkeit, wir zögen nicht mit 43, sondern mit  
mindestens 115 Abgeordneten in den Reichstag ein.  
Auch wenn herrsche aber bei denen, die heute ein-  
halten und klammern. Aber was die Haupt-  
sache ist: Unsere Partei ist eine Partei aus einem  
Gut, die weiß, was sie will. Eine Partei, in der  
es keine Halben- und Viertelmänner sowie charak-  
terlose Streber und politischen Wühlkappen gibt.  
Wir sind in den Reihen unserer Gegner massenhaft  
verbreitet. Unsere vereinigten Gegner bilden  
ein Gemisch von allen möglichen Parteistatt-  
ungen mit den allerpredigendsten Bestrebungen,  
die nur in einem einzigen sind: In dem Haß gegen  
die Sozialdemokratie und in der Feindschaft gegen  
die klugen und fleißigen Arbeiter.

In diesen Tagen zeigte sich, daß der unerbittlich  
zuigende Parteihass, den die Partei bei den  
Wahlen im Jahre 1903 aufzuweisen hatte, nur  
eine Reihe besonders günstiger Umstände zu danken  
war. Insbesondere in Sachsen, in dem die Ehe-  
rungen in der Kronprinzengattin, der Hof gewisser  
Freie gegen den damals regierenden streng katho-  
lischen König, die Erhebung der Jubiläums- und der  
prinzipalen Anagnen, in Verbindung mit einer  
erheblichen Erhöhung der Einkommensteuer, um mit  
dem Reichstagler zu reden, eine große Anzahl wild  
gewordener Spießbürger in eine Art Verleumdungs-  
schlacht verwickelte, der sie durch Abgabe eines Stim-  
mens für einen sozialdemokratischen Kandidaten  
den entsprechenden Ausdruck gaben.

Die Jahreswende dieser wildgewordenen Spießbürger  
ist mittlerweile verstrichen. Der alte Alltags-  
kampf kam wieder zur Geltung und führte sie zu-  
rück in den Kreis der Ordnungsparteien, den sie  
niemals hätten verlassen sollen.

Aber es sind noch eine Reihe anderer Momente,  
die erklären, daß Hunderttausende unserer damaligen  
Wähler als Mitläufer uns verließen und daß daher  
die Zahl unserer Anhänger in diesem Wahl-  
kampf naturgemäß nicht in ähnlicher Weise wachsen  
konnte, wie wir sie in früheren Wahlkämpfen haben  
wachsen sehen.

Rein Zweifel. Die Massenengens haben sich in  
den letzten Jahren sehr verdichtet. Die Kämpfe, die  
wir den Gewerkschaften organisierten Klassen-  
kämpfern Arbeiter mit Zug und Recht führten, um  
ein etwas günstige Prosperitätsepoche für bessere  
Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen, haben  
uns diejenigen Handwerker weggetrieben, die  
in ihrer beschränkten Unternehmerrassung die Be-  
deutung dieser Bestrebungen nicht begreifen konn-  
ten. Die Massenansammlungen der Arbeiter in den  
verschiedenen Berufen und Gewandungen durch die  
Unternehmer haben auch auf Seite der Arbeiter die  
Stimmung verbittert und die Kluft zwischen ihnen  
und der Unternehmungsklasse erweitert. Ferner hat die  
Parteiabnahme vieler staatlicher Organe für die Unter-  
nehmer und gegen die Arbeiter, wie sie in zahl-  
reichen Gewaltmaßnahmen verschiedener Reichs-  
regierungen und in Klassenjustizurteilen einer größeren  
Anzahl Gerichte zum Ausdruck kam, die vorhandene  
Verbitterung noch gesteigert.

Ein anderer Grund des Abfalls als Wähler von  
der Sozialdemokratie ist, daß große Kreise Handel-  
treibender die Arbeiter-Konsumvereinsbewegung  
als ihren Feind ansehen, die in den letzten Jahren  
in zahlreichen Städten und Bezirken sich lebhaft ent-  
wickelte. Vor mehr als vier Jahrzehnten, als  
Kassale austrat und seine dem Bürgertum verhassten  
Lehren predigte, hat zwar das Bürgertum selber  
den Arbeitern geraten, durch Konsumvereine ihre  
soziale Lage zu verbessern, und der Vertreter  
dieser Lehre, Schulze-Delitzsch, war der Held und  
Heiland des Bürgertums. Aber das ist lange her.  
Der Bürger fordert zwar heute ebenfalls, daß der  
Staat alles mögliche zu seinem Schutz und Besten  
tue, aber daß der Arbeiter mindestens das gleiche  
Recht auf Schutz und Befreiung seiner Existenz hat  
vor allen Dingen auch das ihm gesetzlich zustehende  
Recht der Genossenschaftsbildung ausüben darf, das be-  
greift er nicht. Tut das der Arbeiter, so wird gar  
mancher Krämer und Händler sein Feind. Er rächt  
am Arbeiter, was er sich, wenn auch knurrend und  
murrend, von den Inhabern des Warenkaufes, den  
Konsumvereinen der Offiziere, Beamten und  
Agrarier gefallen läßt. Hunderttausende dieser Krämer  
und Händler traten deshalb im letzten Wahlkampf  
auf die gegnerische Seite.

Nicht bestritten kann ferner werden, daß die  
momentanen Vorteile, die die agrarische Zoll- und  
Abgabenpolitik auch einem größeren Kreise von  
Kleinbauern verschaffte, diese mit vollen Segeln ins  
agrarische Lager trieb und in einer Reihe Wahl-  
kreise, in denen dieses Bauerntum bisher vielfach  
zu uns hielt, die Zahl unserer Gegner verstärkte und  
zu unsrer Niederlage mit beitrug.

Weiter wurde ein erheblicher Teil der Unter-  
beamten durch den auf sie ausgeübten furchtbaren  
Druck gezwungen, wider ihre Ueberzeugung zu stim-  
men, oder man suchte sie durch Gewährung von klei-  
nen Zulagen und Versprechungen aller Art zu  
fesseln. Ueberhaupt wurde vielfach unter kräftiger  
Unterstützung der Staats- und Gemeinbehörden,  
mit Aufwand finanzieller Mittel, wie sie die Gegner  
früher nie bekamen, aufs rücksichtsloseste gegen uns  
gearbeitet. Man darf ruhig aussprechen, der weitaus  
größte Teil der gegnerischen Kandidaten waren  
geradezu Regierungskandidaten.

Zu diesen verschiedenen Ursachen kam eine seit  
Jahren systematisch betriebene Hebe in der gesamten  
gegnerischen Sozialpresse, deren Leiter und Urheber  
der Reichsverband zur Verleumdung der Sozial-  
demokratie war. Was an Niederträchtigkeit, Lüge,  
Verleumdung, Verdrehung und wiederträchtiger  
Verheerung angeht werden konnte, hat der ge-  
nannte Verband geleistet. Und die gesamten bür-  
gerlichen Parteien, ohne Ausnahme, haben es nicht  
unter ihrer Würde gehalten, dieses Lügen- und  
Verleumdungsmaterial gegen uns in ihrer Presse  
und in ihren Wahlflugblättern in der ausgiebigsten  
Weise zu benutzen.

Der Wahlkampf wurde dadurch in einer Weise  
vergiftet, wie niemals zuvor; alle Grundzüge über  
Anstand und Moral, mit denen sich sonst unsere  
Gegner uns gegenüber zu brüsten liebten, wurden  
mit Füßen getreten.

Das an der Spitze des genannten Verbandes ein  
preussischer Generalleutnant z. D. und ein preussischer  
Landgerichtsrat, der in seiner bürgerlichen  
Stellung ohne Ansehen der Person Recht sprechen  
soll, haben, soll zur Charakteristik unserer Zeit und  
unserer Zustände hervorgehoben werden.

Endlich mußte auch der Kolonialkonflikt, der zur  
Aufkündigung des Reichstags führte, in der ausgiebig-  
sten Weise herhalten, um die sogenannten patriotischen  
Instinkte aufzuwecken und die verschiedensten  
Kreise über die Bedeutung der Kolonien durch  
Schilberung phantastischer Möglichkeiten zu erregen  
und zu täuschen.

Eine annähernd ähnliche Rolle wie der Vou-  
longerwindel im Jahre 1887, spielte in diesem  
Wahlkampf der Schwindel mit dem, was die Kolonien  
angeht sind und bedeuten, und der Verrat,  
den diejenigen benagen haben sollten, die sich er-  
laubten, anderer Meinung zu sein.

Und was wir bisher noch nie in einem Wahlkampf  
in Deutschland erlebt haben, erleben wir jetzt. Der  
erste Beamte des Reichs, der Reichskanzler, fand es  
mit seiner Stellung vereinbar, agitatorisch in den  
Wahlkampf einzutreten, ein Beispiel, dem sein Ad-  
latus, der Kolonialdirektor, folgte und das schließ-  
lich bei den Reichswahlen der protestantischen Ober-  
bürgermeister von Köln und eine Anzahl katholischer  
Bischöfe nachahmten, indem letztere es für nötig  
hielten, ihre Schäflein vor der Stimmabgabe für  
den Gottliebseins Sozialdemokratie zu warnen.

Als vor zwei Jahren unsere bürgerlichen Genossen

mit dem Zentrum gemeinsam den Wahlkampf aus-  
fochten zur Durchführung der bayerischen Wahl-  
reform, fanden diese Bischöfe offenbar nichts Un-  
christliches darin. Sie fanden es aber auch so wenig  
unförmlich wie die sittlichen Nationalliberalen, als  
im vorigen Jahr unsere bayerischen Genossen mit den  
dortigen Nationalliberalen den Pakt für die Land-  
tagswahlen vereinbarten.

Auch hatten diese bischöflichen Oberhirten der  
katholischen Kirche durchaus nichts dagegen einzu-  
wenden, daß unsere Parteigenossen in zahlreichen  
Wahlkreisen bei den engeren Wahlen für Zentrum  
abgeordnete stimmten. Das war offenbar ein Gott  
wohlgefälliges Werk.

Diese Vorgänge zeigen uns, was es mit der  
religiösen und der bürgerlichen Moral für eine Ver-  
wandtschaft hat, und wie jede ihre zwei gleichwertigen  
Seiten besitzt. Man kann so, aber auch so.

Solcher Art sind die Ursachen, von denen die eine  
mehr hier, die andre mehr dort, öfter mehrere oder  
alle zusammen wirken, um die bürgerlichen Klassen  
geschlossenen gegen uns ins Feuer zu bringen und uns  
Niederlagen zu bereiten.

Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß wir  
selbst auch einen Teil der Schuld an unsern Nieder-  
lagen tragen. Zweifellos hat sich die Partei im  
großen und ganzen wunderbar geschlagen und ihre  
Unüberwindlichkeit dokumentiert. Aber wenn der  
Optimismus für jede kämpfende Partei eine Tugend  
ist, so darf er doch nicht übertrieben werden.

Parteigenossen! Ein großer Teil unter uns gab  
sich selbst dann noch einer fast ungläublichen Ver-  
trauensseligkeit hin, als ein aufmerksamer Beob-  
achter über die Tätigkeit unserer Gegner —  
und aufmerksame Beobachter sollten wir alle sein — er-  
kennen mußte, daß diese nie dagewesene Vorberei-  
tungen trafen, um uns den Sieg zu entreißen.  
Warnungen waren vergeblich. Viele unter uns  
haben er, wie die Gegner gearbeitet hatten, als der  
Sieg in deren Hand war. Konnte auch in einem  
ganzen Reihe Fälle die Niederlage nicht verhütet  
werden, aus Ursachen, die man sich in jedem Wahl-  
kreis selbst wird sagen können, eine Anzahl Wahl-  
kreise konnten bei besserer Organisation und wei-  
terem Wille der leitenden Genossen gehalten werden.  
Dem für künftig vorzubeugen, ist unsere vornehmste  
Aufgabe, durch umfassenden Ausbau unserer Organi-  
sation, intensivere Verbreitung unserer Parteipresse  
und Literatur und eine wirksamere Aufklärungs-  
arbeit, über die wir mit den zuständigen Organen  
ins Vernehmen treten werden.

Es soll ferner auch nicht verschwiegen werden, daß  
die vielfachen Meinungsdivergenzen, die wir in den  
letzten Jahren hatten, in der Presse und in Zu-  
sammenkünften aller Art, oftmals in einer Weise  
ausgetragen wurden, die unsern Gegnern Stoff zu  
Angriffen lieferte, namentlich weil dieses von den  
selben in der üblichen tendenziös entstellten Weise  
geschaß.

Hier haben wir künftig, ohne Ausnahme, und die  
größte Heftigkeit aufzulegen. Müssen Meinungs-  
verschiedenheiten im Interesse der Partei ausge-  
tragen werden, so darf dieses nur in der streng  
sachlichen Weise geschehen. Wir dürfen keinen  
Augenblick vergessen, daß wir Parteigenossen sind  
und jeder von uns das Recht hat, zu verlangen, daß  
seine abweichende Meinung als ehrlich gemeint und  
im Interesse der Partei geltend gemacht angesehen  
wird.

Man unterlasse aber auch den Kampf für Klein-  
liches und Nebenfähliches. Der Ausgang des  
jetzigen Wahlkampfes zeigt uns, daß wir unsere  
ganzen Kräfte und Fähigkeiten im Kampfe gegen  
die Gegner aufzuwenden haben und wir uns nicht  
als Feinde behandeln dürfen, wenn theoretische  
oder tatsächliche Meinungsverschiedenheiten vorhanden  
sind.

Die Ursachen unsern Niederlagen zu erkennen,  
heißt sie künftig nach Möglichkeit vermeiden, heißt  
neuen Siegen die Bahn brechen.

Was ist aber das allgemeine Resultat des letzten  
Wahlkampfes?

Neben uns waren Zentrum, Polen und Welfen die  
Geschädigten. Das Zentrum hat dank seiner Organi-  
sation und dank seiner in großen Bezirken dicht zu-  
sammenwohnenden Anhänger nicht nur seine  
frühere Stellung behauptet, sondern es hat, zum  
Teil mit unserer Hilfe, die Zahl seiner Mandate  
vermehrt. Mit seinen Alliierten — Polen und El-  
säßern — ist das Zentrum nach wie vor die den  
Reichstag beherrschende Partei, denn die angeblich  
vorhandene zweite Mehrheit für die Regierung  
dürfte in den meisten Fällen verfallen.

In Bezug auf das Zentrum, das er ebenfalls  
schwachern wollte, hat der Reichskanzler die Schlacht

verloren. Ebenso in Bezug auf die Polen, die  
wesentlich gestärkt aus dem Wahlkampf hervorge-  
gangen sind. Daß die Welfen mit ihren wenigen  
Kandidaten sich nicht halten konnten, war bei einer  
im Absterben begriffenen Partei zu erwarten.

Die Nationalliberalen haben eine kleine Ver-  
mehrung ihrer Mandate erhalten, aber sie haben  
dadurch nicht an Macht und Einfluß gewonnen; sie  
können auch ferner nur im Bündnis mit den Kon-  
servativen, zu denen ihr Herz sie zieht, und mit dem  
Zentrum, mit dem sie trotz alledem, was vorgefallen  
ist, sich bald ausöhnen werden, Bedeutung er-  
langen. Diese wird meist nur im volksfeindlichen  
Sinne sich bemerkbar machen.

Der Liberalismus hat trostlos abgeschrieben. Das  
war nach seiner Wahltaktik vorzusehen. Der  
Liberalismus hat durch eigenes Verschulden seine  
Zukunft verloren.

Was in diesem Wahlkampf die bürgerlichen  
Klassen an die Wahlurne trieb, war die Angst vor  
einem großen Sieg der Sozialdemokratie, der nach  
ihrer Phantastie russisch-revolutionäre Zustände über  
Deutschland bringen könnte. Ihre Furcht und ihr  
Klassenhaß hat die Früchte gezeitigt, die in diesem  
Wahlkampf reifen. Das Hottentotten- und Kaiser-  
partei war zugleich ein Kartell derer „von Vest  
und Bildung“ mit den rückständigsten Elementen.  
Dabei wählten die Liberalen der Liberalen den  
fanatischsten Agrarier oder „rotesten Reaktor“  
und Junker, als daß sie einem Sozialdemokraten  
ihre Stimme gaben. Der einst so hoffnungsvolle  
deutsche Liberalismus, wie unser Parteigenosse  
Jaures ihn nennt, ist vor dem roten Luch ins  
Wandeloch gezogen, er hat die hoffnungsvolle Ge-  
schwollenheit, die ihm der Silberbrief des  
Reichskanzlers aufgeblasen, jämmerlich zusammen-  
klappen lassen. Unentschlossen, nutzlos und arm-  
selig, wie er es während der sechziger und siebziger  
Jahre des vorigen Jahrhunderts schon war, wäh-  
rend denen er in fast allen Parlamenten Deutsch-  
lands, den Reichstag eingeschlossen, die Mehrheit  
besaß, verlotterte und verlorbete er das Erbe, das  
er übernommen. Kraftlos und lastlos, so hat er  
sich auch jetzt gehalten, ein Bild des Mitleids für  
jeden entschienen denkenden Mann. So gehört auch  
der Liberalismus jetzt trotz Mandats- und Stimmen-  
zuwachs zu den Geschlagenen im Reichstag, aber  
nicht zu den siegenden Geschlagenen wie wir. Eine  
konservativ-liberale Mehrheit, die der Liberalis-  
mus eventuell mit der Rechten bilden soll, bedeutet  
doch nur, daß er gegebenenfalls reaktionärer als das  
Zentrum selbst sein soll. Anders ist sie nicht mög-  
lich. Wir benennen ihn nicht um diese „geschichtliche  
Mission“, deren Erfüllung sein Groß bedeutet.

Das Fazit der diesmaligen Reichstagswahlen ist:  
Das Agrarertum und die Reaktion haben mit Hilfe  
der Liberalen auf der ganzen Linie gesiegt.

Deutschland geht schmerzlichen Zeiten  
entgegen. Dem deutschen Volke wird eine Re-  
nung präsentiert werden, daß ihm die Augen über-  
geben. Sei es. Wer nicht hört, muß fühlen. Die  
Völker werden nur durch harte Schläge vorwärts  
geschoben.

Unsre Aufgabe ist, uns über den schweren Ernst  
der Situation nicht zu täuschen. Wir müssen festen  
Willens dem Kommenden entgegengehen und den  
Kampf aufnehmen, wo er sich bietet. Die Zeit  
braucht tapfere Männer und Frauen, keine Mem-  
men!

Parteigenossen! Schließt die Reihen! Geht auf  
neue mutig und unerschrocken an die Arbeit! Bietet  
Trost denen, die euch hängen und verhoffen! Weht  
denen die Hände, die glauben, euch entmutigt zu  
sehen! Beradete jene, die euch mit dem Gift der  
Verleumdung belubeln und die eigne Erdarmlichkeit  
und Ehrlosigkeit nicht empfinden!

Ginein in den Kampf wider die Vagabunden, wider  
alle, die diejenigen unterdrücken, ausbeuten, miß-  
handeln, die in ihrer Gewalt sich befinden.

**Das Banner hoch!**

Die bürgerliche Welt zeigt Tag für Tag als  
Früchte ihrer eigenen Entwicklung immer neue Pro-  
letariat; sie schafft Tag für Tag wider Willen  
immer mehr die Bedingungen, die zu ihrer Schwä-  
chung und zu unsrer Stärkung führen. Der Kapi-  
talismus gebiert mit jedem Tage seiner weiteren  
Existenz, um mit unsern Altheistern Marx und  
Engels zu reden, die Totengräber seiner eigenen  
Klassenherrschaft.

Es ist der Geschichte ebernes Muß, daß in dem-  
selben Maße, wie die alte Welt zerfällt, die neue  
entsteht. Selbst jede Niederlage, die in diesem  
Kampf für eine bessere und gerechtere Ordnung uns  
trifft, ist die Quelle zu neuen Siegen!

## Parteigenossen! An die Front!

Im Namen aller, die mühselig und beladen sind, die nach Freiheit, Unabhängigkeit, Menschenwürde, nach dem  
Genuß der ihnen vorenthaltenen Güter der Kultur lechzen: Vorwärts!

# Nieder mit unsern Feinden! Hoch die Partei!

Karlsruhe, den 9. Februar 1907.

Der Parteivorstand.

# Politische Uebersicht.

## Die Morgenröte der liberalen Ära.

Auf allerhöchsten Befehl Eröffnung der liberalen Ära! Der Berliner Lokalanzeiger teilt mit, daß der Reichskanzler den Staatssekretär des Reichsjustizamts beauftragt habe, im Sinne des bekannten Geburtstagsbeschlusses des Kaisers einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, durch den, soweit möglich, eine Einschränkung der Anklagen wegen Majestätsbeleidigung erreicht werden soll. Der Entwurf soll dem Reichstag, wenn irgend möglich, noch in dieser Session vorgelegt werden.

Der Sinn des kaiserlichen Geburtstagsbeschlusses ist bekannt. Wir haben bereits nachgewiesen, daß er in der russischen Strafgesetzbuch sein Vorbild findet, die gleichfalls zwischen den „unabsichtlichen“ und den „absichtlichen“ Majestätsbeleidigungen unterscheidet. Die liberale Presse hat nichts desto weniger in diesem Erlaß, einem Akt des persönlichen Regiments, liberale Morgenluft gewittert, und sie hat sich darin auch nicht beirren lassen durch die boshafte Feststellung der sächsischen Regierung, daß, was jetzt in Preußen als liberale Errungenschaft gerühmt wird, in einem so freiheitlich regierten Lande, wie Sachsen eines ist, längst Regel und Brauch gewesen sei.

Man braucht darum gar nicht neugierig sein, was für ein Vogel aus dem liberalen Ei schlüpfen wird, welches Herr Niederding zu befruchten aufgetragen wurde. Der schimpfende Trunkenbold mag sich in Zukunft sicherer fühlen dürfen, der Gekerkelste, der für den Winter ein warmes, wenn auch enges Mäntchen sucht, wird statt zu majestätsbeleidigen Schaufenster einwerfen — aber für die Freiheit der politischen Diskussion wird nicht das Mindeste gewonnen sein. Sie wird durch Reformen des Strafgesetzes, die dieser Reichstag vornimmt, weit eher noch als bisher eingengt als auch nur um Handbreite erweitert werden.

Im übrigen — es ist stets die schönste Tugend des wahrhaft deutschen Mannes gewesen, daß er tut, was ihm von oben befohlen wird. Das Volk schreit sich die Kehle wund nach notwendigen und nützlichen Reformen, aber die Geheimräte bleiben taub und unbeweglich. Selbst, wenn es gelingt, so bescheidene Reformen wie die dringend notwendige Verminderung des Militärstrafgesetzbuches beim Reichstage durchzusetzen, scheitern sie an dem Widerstand des Bundesrats. Alles bleibt nutzlos und vergeblich. Kaum aber spricht der Kaiser ein lautes Wort aus, so beginnt die Maschine der Gesetzgebung mit unheimlicher Geschwindigkeit zu arbeiten, und nach dem Konzept seiner Rede (wie bei der Judenhäuser Vorlage) oder seines Erlasses (wie diesmal) werden die Gesetzentwürfe anfertigt, deren Annahme mit Surra von der Volksvertretung als selbstverständliches erwartet wird. Alles also auf allerhöchsten Befehl. Volkstretter — auf allerhöchsten Befehl, Steuerbeamter — auf allerhöchsten Befehl, und liberale Ära auf allerhöchsten Befehl. „Denn wir Deutschen“, so schrieb schon Goethe, „tun alles, was uns unsere Fürsten befehlen!“

## Der Fall Eichhoff, ein Stichwahlproblem.

Der Fall Eichhoff in Mühlhausen-Rangenauf zeigt abermals, wie wenig angebracht es ist, Stichwahlen nach irgend einer hergebrachten Schablone zu entscheiden. Niemand wird die Mühlhäuser Genossen darum tadeln wollen, weil sie — vor die Wahl zwischen einem wahrheitsfeindlichen Freikonservativen und einem freisinnigen Volksparteiler gestellt, dem letzteren den Vorzug des „kleineren Übels“ zuerkennen. Denn über die Bedeutung der Kandidatur Eichhoff waren die Mühlhäuser Genossen in zwei sehr wichtigen Punkten getäuscht worden. Sie wußten nicht, was jetzt durch die Dokumente des Bayer. Kurier festgestellt ist, daß Herr Eichhoff dazu ausgerufen war, innerhalb der freisinnigen Volkspartei als Agent des Plottenvereins und einer reaktionären Regierung zu wirken, sie konnten auch ferner nicht voraussehen, daß Herr Eichhoff ein Mandat, das er einzig und allein sozialdemokratischer Hilfe verdankt, wegwerfen würde, um den sonst etwa möglichen Sieg eines Sozialdemokraten in Lenep-Wettmann-Remscheid zu verhindern. So ist, was vor dem Bekanntwerden dieser Tatsachen richtig war, für Mühlhausen-Rangenauf gar nicht richtig geworden. Wenn Herr Eichhoff der Meinung sein sollte, die Mühlhäuser Genossen würden einem seiner Freunde zum zweitenmal denselben Dienst erweisen, den sie

aus Mißverständnis ihm selbst geleistet haben, so wird er eine grimmige Enttäuschung erleben.

Wir wollen nicht von dem — uns recht wahrscheinlichen — Falle reden, daß auch ein Teil der freisinnigen Wähler von Mühlhausen die vorkandidierten Praktiken fast bekommen hat, und der Freisinn infolgedessen aus der Stichwahl ausfällt, sondern wir haben den Fall vor Augen, daß es abermals zur Stichwahl zwischen einem konservativen und einem vorkandidierten Kandidaten käme, in der die Sozialdemokratie den Ausschlag gibt. Kehrt das Stimmenverhältnis vom 25. Januar bei der Nachwahl wieder zurück, dann bedeutet die Wahlenthaltung der Sozialdemokratie den Sieg des konservativen und den Durchfall des freisinnigen Kandidaten. Die freisinnige Volkspartei verliert dann sofort wieder eines der in den allgemeinen Wahlen erlangten Mandate. Der Sieg des Konservativen würde gänzlich unverdient, desto verdienter, gerechter und politisch zweckmäßiger würde der Durchfall des vorkandidierten Kandidaten sein.

An dieser Wahrscheinlichkeitsrechnung könnte unvernünftigerweise nur dann etwas geändert werden, wenn sich der Freisinn dazu entschließen, in Mühlhausen-Rangenauf einen Kandidaten aufzustellen, der über den Verdacht, ein Geheimagent der Reaktion zu sein, erhaben wäre, dessen freisinniger Gesinnung auch die sozialdemokratischen Arbeiter Vertrauen schenken könnten. Für einen ehrlichen Liberalen — sofern kein Sozialdemokrat in Betracht kommt — alles, was möglich ist! Für einen Volksparteiler aber keine Stimme!

Die Entscheidung der Mühlhäuser Genossen, der durch diese Ausführungen nicht vorgegriffen werden soll, dürfte übrigens durch den Umstand erleichtert werden, daß Herr von Redlich diesmal nicht mehr kandidiert. Damit entfällt der wichtigste Grund, der sie zur Ausgabe der Stichwahlparole für die Volkspartei bestimmt hatte.

## Badische Politik.

### Politische Einsicht

macht sich hin und wieder — allerdings sehr selten — auch in gewissen nationalliberalen Organen, die nicht direkt unter der Fuchtel der Oberbongens stehen, bemerkbar. Solche, leider nur vorübergehende Erscheinungen muß man festhalten, für den Fall, daß die nationalliberale Presse der Sozialdemokratie unfruchtliche Absichten unterstellt, wenn sie ähnliches propagiert. Die Preisg. Jta. brachte dieser Tage einen Artikel, der unsere innere Politik behandelte und in welchem u. a. folgendes zu lesen war:

Der Wirkungskreis der Monarchie muß sehr viel enger umgrenzt werden; indem dies geschieht, wird auch die Pflichtenherrschafft, die uns jetzt befehligt, allmählich beseitigt. Was geschieht kann? Zunächst nur durch Aufklärung der politisch denkenden Stände. Ihnen muß bewiesen werden, daß die „starke“ Monarchie den Aufgaben der Zeit nicht mehr gewachsen ist, daß das Interesse der Nation die Selbstregierung fordert.

Und als nächste Stufe dazu soll die Demokratisierung Preußens dienen. „Doch diese Wandlungen“, heißt es, „können sich nicht eher vollziehen, ehe nicht die Struktur des preussischen Staates verändert und die Macht der Monarchie sehr erheblich eingeschränkt ist. Es muß ausgebrochen werden, daß dies das nächste Ziel ist, und auf dem Wege zu diesem Ziel ist der nächste Schritt die Demokratisierung des preussischen Wahlrechtes. In den nächsten Jahren gilt es, einen Volkswillen zu schaffen und diesem Willen die Möglichkeit zu gewähren, sich vernünftig zu machen und sich durchzusetzen. Daran können wir Süddeutsche ganz erheblich mitwirken, wie wir ja auch nicht viel weniger als der preussische Staatsbürger selbst daran interessiert sind, welches Wahlrecht in dem Staat, der die deutsche Vormacht präsidiert, Geltung hat.“

Wie gelangt derartige nationalliberale Bredereien zum nachfolgenden Lager — wenn auch nur vorübergehend — die Erkenntnis sich durchdringt, wo die Wurzeln des deutschen politischen Elends zu finden sind. In der Tat ist die Umänderung des preussischen Wahlrechtes im Sinne einer demokratischen Umgestaltung die Vorbedingung für die politische Entwidlung Deutschlands überhaupt. Leider hat der Liberalismus im Kampf gegen das elendete aller Wahlssysteme bis zur Stunde immer verlagert.

Und die Schuld trifft nicht nur den preussischen Liberalismus. Haben nicht auch in Süddeutschland die Nationalliberalen sich mit aller Macht gegen die demokratische Umbildung der Wahlrechte zu den Landtagen gestäubt? Und tun sie nicht noch heute dasselbe hinsichtlich der Gemeindevahlreform? Alle hiergegen vorgebrachten Einwände sind fauler Dünkel. Wer die Demokratisierung will, darf ebensowenig dem Geldsack als der Geburt Vorrechte einräumen. Wäre der deutsche Liberalismus fähig, eine demokratisch-liberale Politik zu treiben, dann wäre auch die deutsche Reaktion bald überwunden. Aber diese Fähigkeit mangelt dem deutschen Liberalismus ganz und gar. Haben wir es auf dem letzten badischen Landtag doch erleben müssen, daß der Fraktionschef der Nationalliberalen die „Rechte der Krone“ gegen den Willen der gewählten Volksvertretung auspielte. Mit einer solchen Sorte „Liberaler“ lassen sich die Rechte der Krone nicht enger umgrenzen, noch viel weniger ist mit ihnen eine auf die demokratische und liberale Ausgestaltung unseres ganzen öffentlichen Lebens gerichtete Politik zu machen. Das politische Elend Deutschlands wurzelt im Elend des deutschen Liberalismus.

### Für die badischen Gerichte zur Beachtung.

Der Redakteur des Gothaer Tagebl. Walter war wegen Beleidigung des Stadtrates und der Stadtverordneten von Gotha vom Landgericht dort zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Ein Artikel hatte sich mit dem am nächsten Tage stattfindenden Generalversammlungen des „Reichsvereins“ beschäftigt und unter anderem ungefähr folgendes gesagt: Es handle sich bei dieser Versammlung nicht, wie man glauben machen wolle, um das Bestehen des Gothaer Tageblattes, sondern um das Bestehen des agrarisch-nationalliberalen Klüngels. Die dem angeführten Klüngel fehle es ja an Geld nicht. Eine Hand wache die andere. Der bulbe keinen Widerspruch und lasse sich seine Kreise nicht genieren. Auf den Posten in Direktionen, Banken, städtischen Ämtern, Kommissionen und Ausschüssen finde man immer dieselben Personen wieder. Jener Klüngel benütze das Volk nur als Stofflage, entscheide aber die öffentlichen Angelegenheiten über den Kopf der Bevölkerung hinweg. Deshalb müßte in der Generalversammlung des Reichsvereins Preise gelegt werden in die Alleinherrschaft des Klüngels.

Deshalb hatten Stadtrat und Stadtverordneten Strafantrag gestellt. Auch das Gericht fand, daß jene beleidigt worden seien. Es verlagte dem Angeklagten den § 193. Gemäß habe der Angeklagte in seinem Kampfe gegen den Reichsverein um den Bestand der Zeitung, an der er beschäftigt, also um seine Stellung gekämpft. Aber er habe auch Personen außerhalb des Reichsvereins den Vorwurf der Bildschönheit aus niederen Motiven gemacht. Der Reichsanwalt hatte die Verwerfung der Revision des Angeklagten beantragt. Der 3. Strafsenat aber stellte sich auf den entgegengesetzten Standpunkt. Die Klage des Angeklagten wegen Verletzung des § 193 sei zu beachten. Wegen der Nichtmitgliedschaft des Reichsvereins habe der Revident keine, — gegen die Mitglieder aber berechtigte Interessen vertreten. Dann aber dürfte dem Walter der § 193 nicht verlagert werden, weil er der Meinung war, diesen Personengruppe gegenüber seien die Vorwürfe gerechtfertigt.

### Eisenbahnrat.

Am 2. März d. J. wird eine Sitzung des Eisenbahnrates stattfinden. Als Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des Sommerfahrplanes 1907 in Aussicht genommen. Der Entwurf des Fahrplans kann von Interessenten im Bureau der hiesigen Handelskammer sowie bei den Herren Mitgliedern an den auswärtigen Plätzen des Handelskammerbezirks eingesehen werden.

### Gegen Schiffahrtsabgaben.

Am Samstag, den 16. I. M., vormittags 10 Uhr, wird auf Einladung von 22 Stadtvertretungen, 24 Handelskammern und 4 wirtschaftlichen Verbänden im Verlammlungslokal des Rotengartens zu Wannsee eine öffentliche Verlammlung zum Zweck der Beratung einer Abwehrungsmaßnahme gegen die Wiedereröffnung von Schiffahrtsabgaben auf dem natürlichen Wasserstraßen, insbesondere auf dem Rhein, stattfinden. Herr Professor Dr. Raband-Strasbourg wird über „Die rechtliche Zulässigkeit von Schiffahrtsabgaben, insbesondere auf dem Rhein“, Herr Geheimrat Professor Dr. Gothein-Heidelberg über „Die Abgabentreiberei des Rheins und die wirtschaftliche Entwicklung und Zukunft Süddeutschlands“ sprechen. Nach den Referaten ist freie Diskussion in Aussicht genommen.

### Personalien.

Oberamtmann Conrad in Wullendorf ist zum Regierungsrat bei der Post- und Domänen-Direktion, Oberamtmann Siehe zum Regierungsrat bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues ernannt worden.

### Wahlbetrachtungen.

Unterwiesheim, 11. Febr. Man sollte es fast nicht glauben, daß es heutzutage in den Militärvereinen noch Leute gibt, die meinen, ihren Kameraden in gewissen Sachen etwas vormachen zu können. Aber das Beträgliche in unsemem Dorfe bewiesen. In einer sozialdemokratischen Verlammlung, welche am Montag vor der Stichwahl stattfand, hat sich ein gewisser Herr D., der immer hier eine große Rolle spielen möchte, aber nicht weiß, wie er seine Weisheit anbringen will, dadurch hervorgerufen, daß er formwährend mit dem Fuß auf den Boden stampfte und dazwischen redete, um die Verlammlung zu führen. Es wäre für den Herrn schöner gewesen, anstatt die Verlammlung zu führen, sich in der freien Diskussion zum Wort zu melden. Die Tat hatte der Herr aber erst nach der Verlammlung, wo es allerdings zu spät war. In seinem liberalen Eifer ging der Herr soweit, daß er sich äußerte, sämtliche Mitglieder des Militärvereins, die bei der Verlammlung waren, würden aus dem Verein fliegen. Bis jetzt ist das allerdings nicht geschehen. Im übrigen könnte es nicht schaden, wenn manche Wähler den Militärvereinen den Rücken kehrten.

Schwenningen, 11. Febr. Am 25. Januar fielen hier 18 Stimmen auf den Sozialdemokraten und 81 auf den Liberalen; in den Vorwahlen wurden 28 abgegeben, in der Stichwahl 29; die Liberalen erhielten am 11. Febr. 46 Stimmen. Wir sind mit unseren 18 Stimmen zufrieden und werden den Dorfbewohnern beweisen, daß man stänktig mit uns rechnen muß.

Kirnbach, 11. Febr. Bei der Reichstagswahl waren es hier 882 Wahlberechtigte. Es haben abgestimmt 282. Davon erhielten: die Konservativen 108, die Sozialdemokraten 98, die Nationalliberalen 78. Im weiteren nach bekannt gemacht werden, daß wir 44 Abwesenden und der Volkstretter in der Stichwahl zum Gegen-

und der Wunde aufsteigt. Wir bitten die Genossen noch und fern und von Kirnbach. Diese Verhältnisse sind bedauerlich, da sich die anderen nicht vernünftig, den Volkstretter zu abonnieren; man kann im Gegenteil noch recht Grobheiten von ihnen bekommen.

## Hauptwahl.

Einzelstimme	aus dem 6. badischen Kreis	Stimmen	Stimmen
Kahr mit Burgheim	792	815	1807
Wannauweiler	8	1	9
Willingen	194	22	216
Wuldenheim	—	96	96
Wuldenheim	68	228	296
Wuldenheim	8	119	127
Wuldenheim	21	1	22
Wuldenheim	20	170	190
Wuldenheim	8	158	166
Wuldenheim	16	1	17
Wuldenheim	25	—	25
Wuldenheim	51	—	51
Wuldenheim	2	1	3
Wuldenheim	6	256	262
Wuldenheim	29	126	155
Wuldenheim	6	60	66
Wuldenheim	—	181	181
Wuldenheim	14	263	277
Wuldenheim	44	109	153
Wuldenheim	1	210	211
Wuldenheim	2	167	169
Wuldenheim	1	48	49
Wuldenheim	26	578	604
Wuldenheim	2	225	227
Wuldenheim	2	—	2
Wuldenheim	51	458	509
Wuldenheim	8	89	97
Wuldenheim	—	69	69
Wuldenheim	4	122	126
Wuldenheim	1	205	206
Wuldenheim	110	10	120
Wuldenheim	102	804	906
Wuldenheim	83	246	329
Wuldenheim	—	163	163
Wuldenheim	1	91	92
Wuldenheim	98	—	98
Wuldenheim	48	8	56
Wuldenheim	5	285	290
Wuldenheim	39	808	847
Wuldenheim	10	111	121
Wuldenheim	—	27	27
Wuldenheim	87	428	515
Wuldenheim	6	97	103
Wuldenheim	127	15	142
Wuldenheim	2	56	58
Wuldenheim	20	955	975
Wuldenheim	1	15	16
Wuldenheim	2	150	152
Wuldenheim	28	403	431
Wuldenheim	5	41	46
Wuldenheim	22	171	193
Wuldenheim	29	239	268
Wuldenheim	8	223	231
Wuldenheim	18	201	219
Wuldenheim	1	38	39
Wuldenheim	5	148	153
Wuldenheim	5	126	131
Wuldenheim	2	99	101
Wuldenheim	18	193	211
Wuldenheim	15	275	290
Wuldenheim	8	—	8
Wuldenheim	10	178	188
Wuldenheim	1	105	106
Wuldenheim	1	67	68
Wuldenheim	58	280	338
Wuldenheim	9	64	73
Wuldenheim	4	102	106
Wuldenheim	84	82	166
Wuldenheim	7	990	1007
Wuldenheim	2	189	191
Wuldenheim	68	68	136
Wuldenheim	84	418	502
Wuldenheim	15	107	122
Wuldenheim	7	114	121
Wuldenheim	16	241	257
Wuldenheim	84	151	235
Wuldenheim	2	—	2
Wuldenheim	2	46	48
Wuldenheim	42	1	43
Wuldenheim	7	409	416

## Deutsche Politik.

### Das schmachvolle Schauspiel.

Dr. Barth schreibt zum Ausgang der Wahlen in der Nation, nachdem er betont, daß das Schicksal der Nation nach rechts hin verfallen habe:

„Aber das ließe sich vermerken. Ungleich ist immer die bogen die moralische Einbuße, die der Liberalismus und vor allem die Sozialdemokratie bei diesen Wahlen erlitten hat. Die politische Charakterfestigkeit hat bei den Stichwahlen alles überlassen, was mit dem Schicksal der Nation verbunden ist. Die Wahrheit ist nicht verdrängt worden, daß freisinnige Wähler in zahlreichen Fällen den schamhaften Reaktionen, Schwächen, Mädeln, Antifemiten zum Elend verfallen haben, als jeder Angst vor dem neuen Schicksal der Nation. Freisinnige Reaktionen sind haben offen angeordnet, für Reaktionen und Antifemiten zu stimmen.“

Das Schauspiel war schmachvoll. Es ist ein schändliches Schauspiel, das die Sozialdemokratie in der Reichstagswahl erlitten hat. Die Sozialdemokratie ist ein unheilvolles Schauspiel, das die Sozialdemokratie in der Reichstagswahl erlitten hat. Die Sozialdemokratie ist ein unheilvolles Schauspiel, das die Sozialdemokratie in der Reichstagswahl erlitten hat.

Aber freilich in Süddeutschland hat die Sozialdemokratie in ein politisches Auf die Schweren Schlägen durch alle die schmerzliche Stichwahlverhältnisse gebracht. Das ist ein unheilvolles Schauspiel, das die Sozialdemokratie in der Reichstagswahl erlitten hat. Die Sozialdemokratie ist ein unheilvolles Schauspiel, das die Sozialdemokratie in der Reichstagswahl erlitten hat.

## Kleines Feuilleton.

Die Rayonchese. Ueber einen drolligen Fall von falscher Beschlechtsvorpiegelung wird aus Dortmund berichtet: In einem großen Warenhaushat es eine „Rayonchese“ allen Kolleginnen an Energie und Schneidigkeit zuvor, ihr Kommando verabschiedete sich durch Form und Ton unwiderlich Erfolg, wenn man auch zuweilen über einen gewissen unheimlichen Zug der Dame lächeln mußte. Sie wohnte mit einer Kollegin aus demselben Warenhaushat zusammen. Eines Tages wollten beide sich von einer dritten Kollegin zu einem Spaziergang abholen lassen. Die Besucherin fand sich aber eine halbe Stunde eher ein, als verabredet worden war. Die Folge davon war eine überraschende Entdeckung. Die Rayonchese war gerade beim — Rastieren. Der Anblick der herumliegenden Requisiten belehrte auf den ersten Blick darüber, daß Fräulein R. ein Mann sei. Er hatte sich ein anderes Geschlecht beigelegt, um sein Niederverhältnis mit dem anderen Mädchen den Blicken der Masse zu entziehen.

## Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten Bücher und Zeitschriften sind durch die Buchhandlung des Volkstretter zu beziehen.)

Der neue Reichstag tritt am 19. d. Mts. zusammen. Wenige Tage später wird auch diesmal der rührige Verleger Hermann Müller, Berlin W. 9, „Kaiserliches Reichstags“ herausgeben, dieses interessante und für jeden Deutschen unentbehrliche Handbuch, wie es keine andere Nation der Erde besitzt. Wie immer enthält es die Porträts und Biographien der Abgeordneten, die Wahlergebnisse, die Zahl der Wahlberechtigten, die Zahl der abgegebenen Stimmen, die Geschäftsordnung des Reichstags und ein reichhaltiges statistisches Material. Neu hinzugekommen sind auf vielfachen Wunsch eine farbige Karte über das Wahlergebnis und ein Uebersichtstabelle des Sitzungssaales mit Angabe der einzelnen Abgeordneten. Wegen früher wird das originale Bildchen weitaus besser ausgefallen und im Formate etwas vergrößert werden und trotzdem zum Preise von 60 Pf durch jede Buchhandlung zu beziehen sein. Die Bestempfehlung für das Buch ist wohl die Tatsache, daß von den bisherigen 4 Ausgaben 450 000 Exemplare abgesetzt wurden.

## Spielplan des Groß. Hoftheaters.

Donnerstag, 14. Febr. Der verlorene Vater, Komödie in 4 Akten von Bernard Shaw, deutsch von Siegfried Trebitsch. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr. Spielplanänderung wegen Erkrankung von Käthe Wärmersberger und Franz Waha, sowie wegen Unpäßlichkeit von Hermann Jachowicz. Freitag, 15. Febr. A. 87. Statt Das verurteilte Schloß: Das achte Kreuz. Oder in 2 Akten, nach dem Französischen von Voltaire, russisch von Janas Weiß. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr. Samstag, 16. Febr. C. 39. Verlorene Liebesmühle in 4 Akten von Schaferspeare, nach der Uebersetzung v. ... Sonntag, 17. Febr. B. 39. Statt Rast: Carmen, große Oper in 4 Akten von Bizet und H. Halévy. Russisch von Georges Bizet. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. Montag, 18. Febr. A. 40. Ein idealer Hahn, von Oskar Wilde, ins Deutsche übertragen von D. S. Pavio und G. Freyler v. Reichenberg. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

## Humoristisches.

Wahres Geschichtchen. In einer Wählerversammlung fragte der Redner plötzlich, ob auch Sozialdemokraten anwesend seien. Ein Auserlesener mußte notgedrungen antworten, daß er auch zur roten Fahne hülle. „Unmöglich!“ rief jemand, „er ist ja Mitglied vom Arbeiterverein!“ — Das schon,“ erwiderte der Redner, „aber ist die Zeit der Wahl möchte ich aus dem Verein ausgeschlossen sein!“

Kleines Gespräch. „Du, Ede, was müßte denn werden, wenn du aus der Schule gehst?“ — „Ja? Ad werde festlich mitbewerbt, da kommt man am besten durch die Welt!“

Wirtschhaus-Muff. Galt bei der Tellerlammlung: „Sammeln Sie doch bei den Leuten draußen, die Ihre Muff nicht gehört haben!“

Humor des Auslandes. „Das Autofahren wird ich wieder aufgeben; man kommt liberal zu schnell hin und weiß nicht, was man mit der übrigen Zeit beginnen soll!“ (Zugend.)



